



Netzwerk
für den Dialog zwischen
Wissenschaft und Politik

future
wissenschaft & politik

Newsmail Dezember 2018 / Januar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren

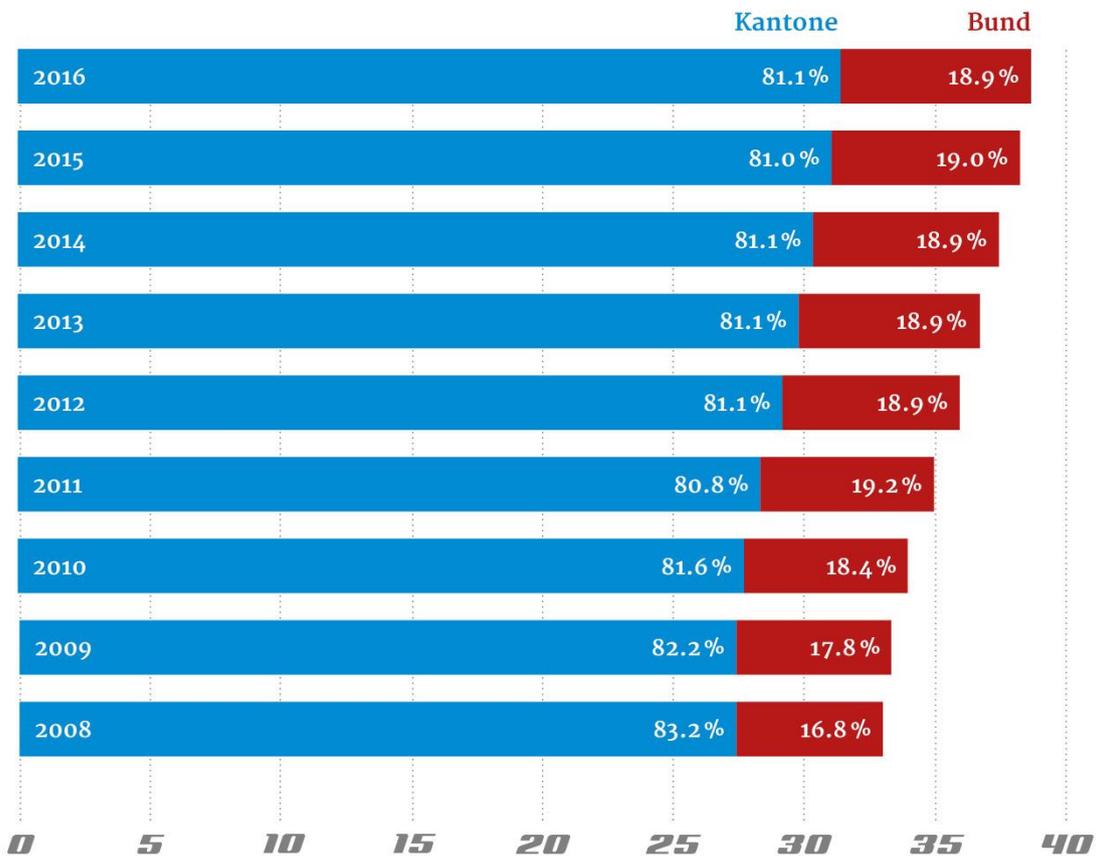
Seit Dezember 2018 liegt der Entwurf für ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union auf dem Tisch. Mit diesem Abkommen sollen die bestehenden bilateralen Verträge auf ein solides Fundament gestellt werden. Auch die Akteure aus Bildung, Forschung und Innovation haben ein Interesse an Rechtssicherheit und stabilen Beziehungen mit der EU. Vorerst verzichtet der Bundesrat auf eine Paraphierung des Abkommens und führt eine **Konsultation** durch, um die Positionen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zum vorliegenden Abkommensentwurf zu kennen. Auch die Organisationen der Wissenschaft wurden eingeladen, ihre Standpunkte einzubringen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

FACTS & FIGURES

Entwicklung der öffentlichen Ausgaben 2008–2016 für den gesamten BFI-Bereich (in Mrd. CHF)



Quelle: Finanzstatistik 2016, Eidgenössische Finanzverwaltung

Der Bund trägt rund 19% der gesamten BFI-Ausgaben

Im Jahr 2016 beliefen sich die gesamten öffentlichen Ausgaben von Bund und Kantonen für Bildung (von der Vorschulstufe bis zur Tertiärstufe), Forschung und Innovation (BFI) auf 38,7 Milliarden Franken. Im Jahr 2008 betrug die Ausgaben noch 32,9 Milliarden Franken, wie das **BFI-Reporting 2018** des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und der Kantone zeigt. Die Ausgaben der Kantone nahmen in dieser Periode um 4 Milliarden zu, diejenigen des Bundes um 1,8 Milliarden Franken. Im Jahr 2016 trugen die Kantone und ihre Gemeinden mit 81,1% den Grossteil der BFI-Ausgaben. Der Anteil des Bundes stieg aber von 16,8% im Jahr 2008 auf 18,9% an. Seit 2011 blieb der Bundesanteil am Total der BFI-Ausgaben mehr oder weniger konstant bei rund 19%.

NEUIGKEITEN DES MONATS

31.01.2019 | Cyber-Sicherheit

Kompetenzzentrum geschaffen

Der Bundesrat gab den Startschuss für das Kompetenzzentrum für Cyber-Sicherheit. Das Zentrum soll als nationale Anlaufstelle für Fragen zu Cyber-Risiken dienen. Dessen Gründung erfolgt im Rahmen der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS). Vertretende der Hochschulen sowie der Wirtschaft und der Kantone erhalten Einsitz im Steuerungsausschuss der NCS.

Mehr »

30.01.2019 | Bericht des Bundesrates

Bildungssystem entspricht der Nachfrage des Arbeitsmarktes

Die steigende Anzahl Tertiärabschlüsse sowie das künftige Angebot an Fachkräften entsprechen der erwarteten Nachfrage des Arbeitsmarktes. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht, den der Bundesrat in Erfüllung eines Postulats der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) erstellte. Im Weiteren betont der Bericht, dass die Entwicklung der Migration in gewissen Bildungsfeldern mit hohem Bedarf an Fachkräften für das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bedeutend ist.

Mehr »

24.01.2019 | Internationale Zusammenarbeit

SNF lanciert Programm SPIRIT

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) lanciert ein neues Programm, mit dem er die internationale Forschungszusammenarbeit zwischen Forschenden aus der Schweiz und aus anderen ausgewählten Ländern fördert. Mit dem «Swiss Programme for International Research by Scientific Investigation Teams» (SPIRIT) sollen grenzüberschreitende, exzellente Forschungsprojekte für Teams aus allen Disziplinen unterstützt werden. Projektskizzen können seit dem 1. Februar 2019 eingereicht werden.

Mehr »

22.01.2019 | URG-Revision

WBK-S tritt auf URG-Revision ein

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) hat mit der Vorberatung der Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG) begonnen. Nach der Anhörung verschiedener Organisationen, unter anderem von swissuniversities und dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF), entschied die Kommission mit 11 Stimmen und einer Enthaltung, auf die Vorlage des Bundesrats einzutreten. Die Detailberatung wird anlässlich der Februar-Sitzung stattfinden.

Mehr »

15.01.2019 | Universität St. Gallen

Bernhard Ehrenzeller wird Rektor

Bernhard Ehrenzeller wird neuer Rektor der Universität St. Gallen (HSG). Die Regierung des Kantons St. Gallen bestätigte die entsprechende Wahl durch den Senat und den Universitätsrat. Bernhard Ehrenzeller ist Ordinarius für öffentliches Recht an der HSG. Er wird die Nachfolge des amtierenden Rektors Thomas Bieger per 1. Februar 2020 antreten.

Mehr »

07.01.2019 | Multinationale Innovationsprogramme

Neu ist Innosuisse zuständig

Per Januar 2019 ist die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse für die innovationsnahen Partnerschaftsprogramme mit der EU (Eurostars-2, AAL, ECSEL) und die marktorientierte Forschungs- und Entwicklungsinitiative EUREKA zuständig. Ausserdem wurden die europäischen Netzwerke ERA-Nets bei Innosuisse gebündelt. Innosuisse übernimmt die Aufgaben vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation. Die Förderbedingungen bleiben unverändert.

Mehr »

19.12.2018 | ETH-Rat

Fritz Schiesser gibt Präsidium ab

Fritz Schiesser wird das Präsidium des ETH-Rats per Ende April 2019 abgeben. Der promovierte Anwalt und Notar sowie ehemalige Ständerat aus dem Kanton Glarus präsidiert den ETH-Rat seit 2008. Die Nachfolgeregelung wird im Rahmen eines standardisierten Verfahrens durchgeführt und mit der Wahl durch den Bundesrat abgeschlossen.

Mehr »

14.12.2018 | URG-Revision

Nationalrat stimmt Neuerungen zu

Der Nationalrat behandelte die Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG). Die grosse Kammer stimmte verschiedenen Neuerungen zu, welche die Nutzung von wissenschaftlich relevanten Informationen vereinfacht. Künftig sollen wissenschaftliche Methoden des Text- und Data-Minings erlaubt sein. Ausserdem sollen Archive und Bibliotheken in ihren Bestandverzeichnissen in Zukunft die wichtigsten Informationen ihrer Bestände zugänglich machen dürfen. Dank erweiterten Kollektivlizenzen wird zudem die Nutzbarkeit von ganzen Publikationsbeständen vereinfacht.

Mehr »

14.12.2018 | Biomedizinische Forschung

Masterplan wird bis 2025 fortgeführt

Der Bundesrat will den Masterplan zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie für die Jahre 2020-2025 erneuern und fortsetzen. Der Plan soll an die bestehenden Massnahmen anknüpfen, den Forschungsstandort Schweiz stärken und den Zugang der Schweizer Bevölkerung zu erschwinglichen biomedizinischen Produkten gewährleisten. Ein angepasster Massnahmenkatalog soll bis Mitte des Jahres 2020 vorliegen.

Mehr »

13.12.2018 | Voranschlag 2019

BFI-Kredite um 101 Millionen aufgestockt

In der Wintersession haben National- und Ständerat den Voranschlag für das Jahr 2019 verabschiedet. Das Parlament hat dabei die Finanzierung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) um insgesamt 101 Millionen Franken aufgestockt.

Mehr »

12.12.2018 | PH Freiburg

Neue Rektorin gewählt

Katharina Mertens Fleury übernimmt die Leitung der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Der Freiburger Staatsrat wählte die neue Rektorin auf Antrag der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und der Kommission der PH. Die habilitierte Germanistin trat die Nachfolge von Pascale Marro per 1. Februar 2019 an.

Mehr »

10.12.2018 | Innovationspark Zürich

Vertrag unterzeichnet

Der Bund und der Kanton Zürich unterzeichneten den Rahmenvertrag über die Landabgabe für den Innovationspark Zürich auf dem Areal des Militärflugplatzes Dübendorf. Das Areal bleibt im Besitz des Bundes; der Kanton Zürich übernimmt es im Baurecht und gibt es im Unterbaurecht an den Innovationspark weiter. Der Innovationspark Zürich ist einer von fünf Standorten des Schweizer Innovationsparks.

Mehr »

10.12.2018 | Bundesrat

Guy Parmelin ist neuer Vorsteher des WBF

Der Bundesrat nahm in seiner neuen Zusammensetzung die Verteilung der sieben Departemente vor. Neu wird Bundesrat Guy Parmelin dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) vorstehen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga übernimmt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Die neu gewählte Bundesrätin Viola Amherd steht künftig dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) vor und Bundesrätin Karin Keller-Sutter übernimmt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD). Die Führung der übrigen Departemente bleibt unverändert.

Mehr »

07.12.2018 | EU-Rahmenabkommen

Bundesrat eröffnet Konsultation

Der Bundesrat stellte das Ergebnis der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union vor. Aufgrund von offenen Punkten in Bezug auf die flankierenden Massnahmen und der Unionsbürgerrichtlinie verzichtet der Bundesrat vorerst auf eine Paraphierung des Abkommens. Stattdessen wird er eine Konsultation zum Abkommensentwurf eröffnen und im Frühjahr 2019 über die nächsten Schritte informieren. Ziel des Abkommens ist es, den bilateralen Weg mit der EU und insbesondere den Zugang zum Binnenmarkt zu konsolidieren.

Mehr »

07.12.2018 | EHB

Neue Gesetzesgrundlage in Vernehmlassung

Das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) soll eine neue gesetzliche Grundlage erhalten. Der Bundesrat hat einen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung geschickt, der Bestimmungen über Aufgaben, Zusammenarbeit, Diplome, Organisation, Finanzierung und andere Aspekte des EHB enthält. Zudem soll das Hochschulinstitut gemäss neuer Positionierung als Pädagogische Hochschule in «Hochschule» umbenannt werden. Die Vernehmlassung läuft bis am 29. März 2019.

Mehr »

AGENDA

12.02.2019 | Bern

**Sitzung der Kommission für
Wissenschaft, Bildung und
Kultur des Ständerats (WBK-S)**

21.02.2019 | Bern

**Sitzung der Kommission für
Wissenschaft, Bildung und
Kultur des Nationalrats (WBK-
N)**

21.02.2019 | Bern

**Sitzung des Hochschulrats der
Schweizerischen
Hochschulkonferenz (SHK)**

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation
(BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

4. Februar 2019
